

LESERBRIEFE

Familien haben keine Lobby

Zur Situation von Familien mit Kindern in Zeiten der Corona-Krise.

„Familien mit Kindern haben keine Lobby. Das wird in Zeiten von Corona besonders deutlich. Zur Rettung der Wirtschaft werden Programme aufgelegt und Pakete geschnürt. Aber wer rettet die Familien? Wer hilft Alleinerziehenden, die im Homeoffice arbeiten und gleichzeitig kleine Kinder beaufsichtigen und betreuen sollen? Oder Elternpaaren, die Teil- beziehungsweise Vollzeit arbeiten und deren Kinder den ganzen Tag zu Hause sind?

Kurzfristig ist es sicherlich möglich, alles unter einen Hut zu bekommen, aber nicht über Wochen und Monate. Nicht jeder arbeitet in Kurzarbeit oder hat noch Resturlaub. Den kompletten Jahresurlaub zu nehmen ist auch nicht möglich, da die Kinder in den kommenden Ferien ja auch betreut werden müssen. Und die Großeltern kommen als Risikogruppe kaum für die Kinderbetreuung infrage.

Auch die nun ausgeweiteten Betreuungsmöglichkeiten in Schulen und Kitas sind nicht wirklich hilfreich, da sie einerseits nicht für alle Berufstätigen zugänglich sind und außerdem vom zeitlichen Umfang nicht ausreichen.

Will man Elternpaare und Alleinerziehende in dieser schwierigen Zeit wirklich entlasten, sollte ein Eltern-Teil ab sofort bei vollem Lohnausgleich und Kündigungsschutz zu Hause bleiben können, wenn mindestens ein Kind unter zehn Jahren im Haushalt lebt.“

Gabi Schmidt
Wallenhorst

Forderung ist eine Frechheit von VW

Zum Artikel „VW fordert staatliche Kaufprämie“ (Ausgabe vom 21. April).

„In meinen Augen ist es eine unverschämte Frechheit, gerade von VW, eine staatliche Umtauschprämie zu fordern. Durch Lug und Trug ist nicht nur Deutschland durch VW um Milliarden zu Unrecht gewährt Steuererleichterung geschädigt worden. VW macht nach wie vor Milliardengewinne. Es gäbe also Möglichkeiten, durch Preisvorteile des eigenen Hauses den Umsatz zu steigern. Es gibt Branchen und Firmen, denen es in diesen Zeiten wesentlich schlechter geht.“

Dieter Pradel
Bramsche

Leserbriefe sind Meinungsäußerungen von Lesern. Beiträge können Sie an leserbriefe@noz.de schicken. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

KOMPAKT

Corona-Änderungen teurer als erwartet

BERLIN Die von Union und SPD vereinbarten Verbesserungen für Arbeitslose und Kurzarbeiter belasten die Bundesagentur für Arbeit mit Mehrausgaben von 2,6 Milliarden Euro. Das geht aus dem Gesetzentwurf des Arbeitsministeriums hervor, der der „FAZ“ vorliegt. Demnach sind die Mehrkosten höher als erwartet. Zwar sinken die Ausgaben für Grundsicherung um 640 Millionen Euro. Für das Kurzarbeitergeld plane das Ministerium aber mit 680 Millionen Euro Mehrausgaben, beim Arbeitslosengeld mit zwei Milliarden. *dpa*



Karikatur: Mario Lars

Drei, die Kanzler können wollen

Eine Kommunikationsexpertin nimmt das Krisenmanagement von Söder, Laschet und Scholz unter die Lupe

Von Thomas Ludwig

OSNABRÜCK Kein Abend ohne Olaf Scholz, Armin Laschet oder Markus Söder. Die drei Spitzenpolitiker sind auf allen Kanälen allgegenwärtig – das müssen sie in der Corona-Krise auch sein. Für sie könnte die Bewältigung der Pandemie zum Sprungbrett werden für noch mehr politische Verantwortung.

Keiner sagt es in Kameras oder Mikrofone, aber alle wissen: Die drei wollen Kanzler können – und werden. Haben sie das kommunikative Rüstzeug dazu? Reicht ihre Ausstrahlung? Wie schlagen sich der SPD-Finanzminister, der NRW-Ministerpräsident und der bayerische Regierungschef in diesen Tagen?

„Der Wähler stellt sich mit Blick auf die politischen Akteure immer zwei Fragen“, sagt Psychologin und Kommunikationsexpertin Monika Matschnig: „Meint er mich, und wirkt der Politiker glaubwürdig?“ Bis dato zeigten die Zufriedenheitswerte in den Umfragen, dass die Politik eine weitgehend angemessene Kommunikationsform gefunden habe.

„Kritisch wird es für jeden Politiker, wenn die Kollateralschäden der jetzigen politischen Maßnahmen sichtbar werden. Bis dato standen die Politiker auch unter der indi-

rekten Obhut der Virologen“, erklärt Matschnig. Die wahre Begabung zur Selbstdarstellung werde sich erst im Anschluss zeigen.

Tatsache ist: In der Krise wächst vor allem das Vertrauen in die Union. Fast jeder zweite Bundesbürger traut der CDU/CSU derzeit zu, mit den Problemen in Deutschland am besten fertig zu werden. Beim ZDF-„Politbarometer“ hat die Union zum dritten Mal in Folge deutlich zugelegt und kommt auf ihren höchsten Umfragewert in dieser Legislaturperiode.

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden demnach 39 Prozent der Wahlberechtigten für CDU/CSU stimmen. Ähnlich ist das Ergebnis der jüngsten Forsa-Sonntagsfrage. Ganz besonders legte die CDU in Nordrhein-Westfalen zu (plus 7,4 Punkte), in Bayern verzeichnete die CSU sogar ein Plus von 11,2 Prozentpunkten.

Duell der Kümmerer

„So unterschiedlich die Ministerpräsidenten der beiden bevölkerungsstärksten Bundesländer auch auftreten: Beide bringen der CDU beziehungsweise CSU überdurchschnittliche Zuwachsraten“, so Forsa-Chef Manfred Güllner. „Beide vermitteln den Bürgern auf ihre jeweilige Art das Gefühl, dass sie sich um-



Markus Söder (links) und Armin Laschet (Mitte) kämpfen um die Führungsrolle in der Union. Olaf Scholz (rechts) scheint in der SPD konkurrenzlos. Fotos: dpa(2), AFP

das kümmern, was der großen Mehrheit wirklich wichtig ist – und das ist zurzeit die Corona-Krise.“

Sind Laschet und Söder also die geborenen Spitzenkandidaten der Union für die Bundestagswahl 2021? Und wenn ja, wer von beiden hat die Nase vorn?

Kommunikationstrainerin Matschnig sieht den Bayern im Vorteil: „Fakt ist, dass sich Söder als selbstsicherer, entschlossener und starker Krisenmanager in Szene setzen kann“, sagt sie. In diesen ungewöhnlichen Zeiten brauchen Menschen das Gefühl von Halt, das Söder durchaus vermittelt habe. In der Corona-Debatte habe er in Deutschland früh das Ruder über-



Armin Laschet (Mitte) und Olaf Scholz (rechts) kämpfen um die Führungsrolle in der Union. Olaf Scholz (rechts) scheint in der SPD konkurrenzlos. Fotos: dpa(2), AFP

nommen. „Die anderen folgten. Seine Beliebtheitswerte schossen nach oben.“

Ein Selbstläufer sei eine Kanzlerkandidatur Söders gleichwohl nicht. „Er benötigt nun die nötige Prise Glück, um die besten Entscheidungen im Sinne der meisten Wähler zu treffen. Mit einer falschen Entscheidung kann er wieder tief fallen.“

Vorteil also für NRW-Ministerpräsident Laschet? Er wirkt geschmeidiger in seiner Kommunikation. „Laschet scheint für die Mehrheit der Deutschen ein wohltemperierter Selbstdarsteller zu sein“, sagt Matschnig. Er versuche mit schneller Lockerung und dem Fokus auf die Wirtschaft ins Rampenlicht

PRESSESCHAU

Schwäbische Zeitung

Die Ravensburger kommentieren zur Maskenpflicht:

„Wer die Maske in der Öffentlichkeit trägt, zeigt zwei Dinge: dass er Corona ernst nimmt und sich um seine Mitmenschen sorgt. Das ist der Grund, warum viele Asiaten seit Jahren mit Mundschutz

unterwegs sind. Es geht nicht um die Angst vor eigener Ansteckung, sondern um das Wohlergehen der anderen. Die Masken sind ein Zeichen von Respekt. Sie mögen nicht vor dem Virus schützen, doch sie stärken den Zusammenhalt der Gesellschaft.“

Märkische Oderzeitung

In Frankfurt (Oder) schreibt man zu Corona und Kultur:

„Erlaubt ist, in Shopping-Malls oder Baumärkte gehen. Warum eigentlich? Als ob den Kulturveranstaltern nicht zuzutrauen ist, eine vernünftige Abstandswahrung im Publikum hinzubekommen. Steckt

dahinter nicht die Annahme, dass Kultur ohnehin ein Luxus ist, entbehrlich und auch ganz gut daheim am Bildschirm zu konsumieren? Wer so argumentiert, ignoriert, dass der Shutdown eine ganze Branche aus Freiburgerfluren zu vernichten droht.“

Frankenpost

Aus Hof heißt es zur Lockerung für Gottesdienste:

„Gleichwohl ist zu bedenken, dass Religionsausübung ein Grundrecht ist. Dieses ist ausgesetzt, nahezu ausgehebelt worden. Ob und wie lange das nötig ist, muss man in einer Demokratie infrage stel-

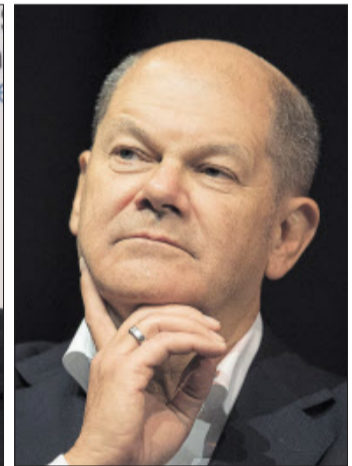
len können. Gut, dass die Kirchen in Bewegung gekommen sind. Gut, dass sie Konzepte auf den Tisch gelegt haben, unter welchen Hygienestandards Gottesdienst möglich sein könnte. Schon die Bibel sagt: Wer aber beharrt bis ans Ende, der wird selig.“



Olaf Scholz (rechts) scheint in der SPD konkurrenzlos. Fotos: dpa(2), AFP



Armin Laschet (Mitte) und Olaf Scholz (rechts) kämpfen um die Führungsrolle in der Union. Olaf Scholz (rechts) scheint in der SPD konkurrenzlos. Fotos: dpa(2), AFP



Olaf Scholz (rechts) scheint in der SPD konkurrenzlos. Fotos: dpa(2), AFP

ins Rampenlicht gebracht. Auf viele Menschen wirkt der „Scholzomat“ bedächtig und sachorientiert.

Bei den Sozialdemokraten ist er der wohl aussichtsreichste potenzielle Anwärter auf den Job des Kanzlerkandidaten: Die Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans streben das nämlich nicht an. Arbeitsminister und SPD-Vize Hubertus Heil hatte jüngst im Gespräch mit unserer Redaktion Rückendeckung für den Kabinettkollegen erkennen lassen: „Grundsätzlich gilt: Olaf Scholz macht einen ausgezeichneten Job.“

Doch hätte er eine Chance gegen die Unionskontrahenten? Die Kommunikationspsychologin ist skeptisch. „Olaf Scholz ist bekannt für seine kühle Wirkung. Auch jetzt wirken seine Statements wie eine wissenschaftliche Leiseübung“, sagt Matschnig: „Bewirbt er sich als Spitzenkandidat, dann muss er seine emotionale Ausdruckstärke massiv erhöhen, sonst wird er sogar vom Nicht-Charismatiker Laschet und vom Söder-S(c)hrek überrollt.“

Ein zusätzliches Problem für Scholz ist seine Partei. Die SPD dümpelt in Umfragen bei 16 Prozent und kann auch die Corona-Krise bislang nicht nutzen, um das Tal der Tränen in den Umfragen zu verlassen.

Zwischen Wunderwaffe und trügerischer Hoffnung

ANALYSE Was müsste die Corona-App können, was soll sie dürfen, wie funktioniert sie – und kann sie überhaupt helfen?

Von Tobias Schmidt

BERLIN In China und Südkorea ist die Corona-App zur Freifahrkarte zurück in einen Krisen-Alltag geworden. Aber hierzulande geht es in Tripelschritten voran. Die jetzt auf den Weg gebrachte freiwillige und dezentrale Lösung für die Datenspeicherung könnte etwas helfen. Die großen Erwartungen dürften aber enttäuscht werden.

Was ist konkret geplant?

„Sehr bald“ sollen Smartphone-Besitzer eine App aufspielen können, die ihnen eine Nachricht schickt, wenn sie mit einem Infizierten in engem Kontakt standen – sich also mindestens 15 Minuten näher als anderthalb Meter an einem positiv Getesteten aufhalten haben. Nach dem Streit über eine zentrale oder dezentrale Speicherung der Daten setzt Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nun auf eine dezentrale Lösung.

Basis ist die Bluetooth-Technik. Die App generiert auf den Geräten ständig neue Identifikationsnummern, die unter allen in der Nähe befindlichen Smartphones ausgetauscht und befristet gespeichert werden. Die Daten werden „pseudonymisiert“, lassen also keinen Aufschluss über die Identität der Nutzer zu und auch keine Ortung. Also „Tracing“, kein „Tracking“.

„Hauptziel ist es, Infektionsketten möglichst frühzeitig zu erkennen und zu unterbrechen“, sagten Spahn und Kanzleramtschef Helge Braun gestern. Die Nutzung der App soll freiwillig bleiben.

Was ist angedacht? Bürger, die dazu bereit sind, können ihre Daten an das Robert-Koch-Institut übermitteln, das damit ein genaueres Lagebild über die Ausbreitung von Covid-19 erstellen könnte. Das Ziel: „Perspektivisch eine möglichst zielgenaue Quarantäne auslösen.“ Damit die App

bei der Nachverfolgung wirklich hilft, müsste sie freilich von einem Großteil der Menschen diszipliniert genutzt werden, indem man das Handy stets eng bei sich führt und Bluetooth aktiviert lässt. Rund 70 Prozent der Bürger haben ein Smartphone.

Denkbar wäre auch ein Einsatz von Bluetooth-Armbändern, etwa für kleinere Kinder. „Wenn etwa ein Kita-Kind positiv getestet würde, könnte dessen Bluetooth-Armband dann andere darüber informieren, etwa die Großeltern“, erklärt Michael Lüttger, Chef des Digitalvereins „Deutschland sicher im Netz“. Das sei technologisch machbar und böte die Chance, die Risikogruppe besser zu schützen.

Was wäre möglich? In China, Südkorea, Israel, aber auch in osteuropäischen Ländern wird die App schon viel breiter genutzt. So kann sie Hinweise auf den Status des Nutzers geben – etwa ob er im-



Jens Spahn Foto: AFP

mun ist oder im Gegenteil womöglich akut infektiös.

Die Regierung hat ausgeschlossen, dass die App auch hierzulande als Eintrittskarte fürs Kino, für Busse oder Bahnen ausgebaut würde. „Ehrlicherweise ist aber nicht auszuschließen, dass Arbeitgeber oder Heimbetreiber eine Quasi-Pflicht einführen und sagen, ohne grünes Licht der App kommst du nicht auf die Baustelle oder ins Heim“, sagt Lüttger. „Arbeitsrechtlich ist das nicht ausgeschlossen.“

Zu Beginn der Debatte wollte Spahn eine „Tracking“-App per GPS. Das hätte es ermöglicht, die Infizierten zu orten und so Infektionsherde

zu lokalisieren. Im Parlament war das nicht durchsetzbar. Auch die zentrale Speicherung der Bluetooth-Codes hätte eine tiefer gehende Analyse des Seuchengeschehens ermöglicht.

Wie sicher sind die Daten?

Apple und Google wollen weitere Verschlüsselungsebenen einziehen, um eine Zuordnung zu Personen unmöglich zu machen. Allerdings gilt die Bluetooth-Technologie nicht als 100 Prozent sicher, ob die Daten nun zentral oder dezentral gespeichert werden. Die App-Entwickler weisen überdies darauf hin, dass Covid-19 eine meldepflichtige Krankheit ist. Die Gesundheitsämter erfassen die Daten positiv Getesteter ohnehin und versuchen, Kontaktpersonen aufzuspüren. Bislang per Telefon statt App.

Warum könnten die Hoffnungen übertrieben sein? Die Smartphone-Anwendung er-

kennt nicht, ob es zu einer Ansteckung kommt, sondern vermerkt nur die Nähe zu einer potenziell ansteckenden Person. „Wenn alle Mundschutz tragen und Abstand einhalten, ist sie überflüssig, weil sie dann nur die unkritische Nähe geschützter Leute erkennt“, sagt Peter Walger, Infektiologe und Vorstandssprecher der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene (DGKH).

Viel mehr Sicherheit brächte die Testung der Hochrisikogruppen und aller Mitarbeiter, die Zugang zu ihnen haben, so Walger. Bis dahin werde es Infizierte geben, bei denen die Infektion nicht bekannt ist, und positiv Getestete, die die App gar nicht benutzen. „Das System wird so löchrig sein, dass wir nicht erkennen, wie die App eine neue Sicherheit bieten soll“, sagt er und resümiert: „Ich erwarte keine wirkliche Hilfestellung beim Versuch, in die Normalität zurückzukehren.“